

Busverkehr in den Wettbewerb

Keine Direktvergabe an kommunale Unternehmen

(BS) Kurz nach dem BGH hat auch das OLG Düsseldorf eine große Direktvergabe über Leistungen im Nahverkehr gekippt. Der Vergabesenat hält Vergaben an kommunale Verkehrsunternehmen für unzulässig, wenn kein Wettbewerb vorausgegangen ist. Vier Münsterlandkreise wollten mit der kommunalen Gesellschaft Regionalverkehr Münsterland (RVM) einen Vertrag über Busverkehrsleistungen abschließen.

Andere Unternehmen erhielten keine Gelegenheit, ein Angebot einzureichen – Wettbewerb war somit ausgeschlossen. Nach dem OLG Düsseldorf sind die Vergabekammern und -senate für die Überprüfung von Vergaben nach der EU-Verordnung 1370/07 zuständig. Und zwar

auch dann, wenn kein Auftrag, sondern eine Konzession vorliegt.

“Bemerkenswert ist, wie deutlich das Gericht das Vorgehen der Münsterlandkreise stoppte“, kommentiert die Düsseldorfer Rechtsanwältin *Ute Jasper* die Entscheidung. Nach Auffas-

sung des OLG sind größere Direktvergaben an Verkehrsunternehmen ohne vorherigen Bieterwettbewerb in Nordrhein-Westfalen nach geltendem Recht grundsätzlich verboten.

Auch außerhalb Nordrhein-Westfalens wird die Entscheidung des OLG Folgen haben.